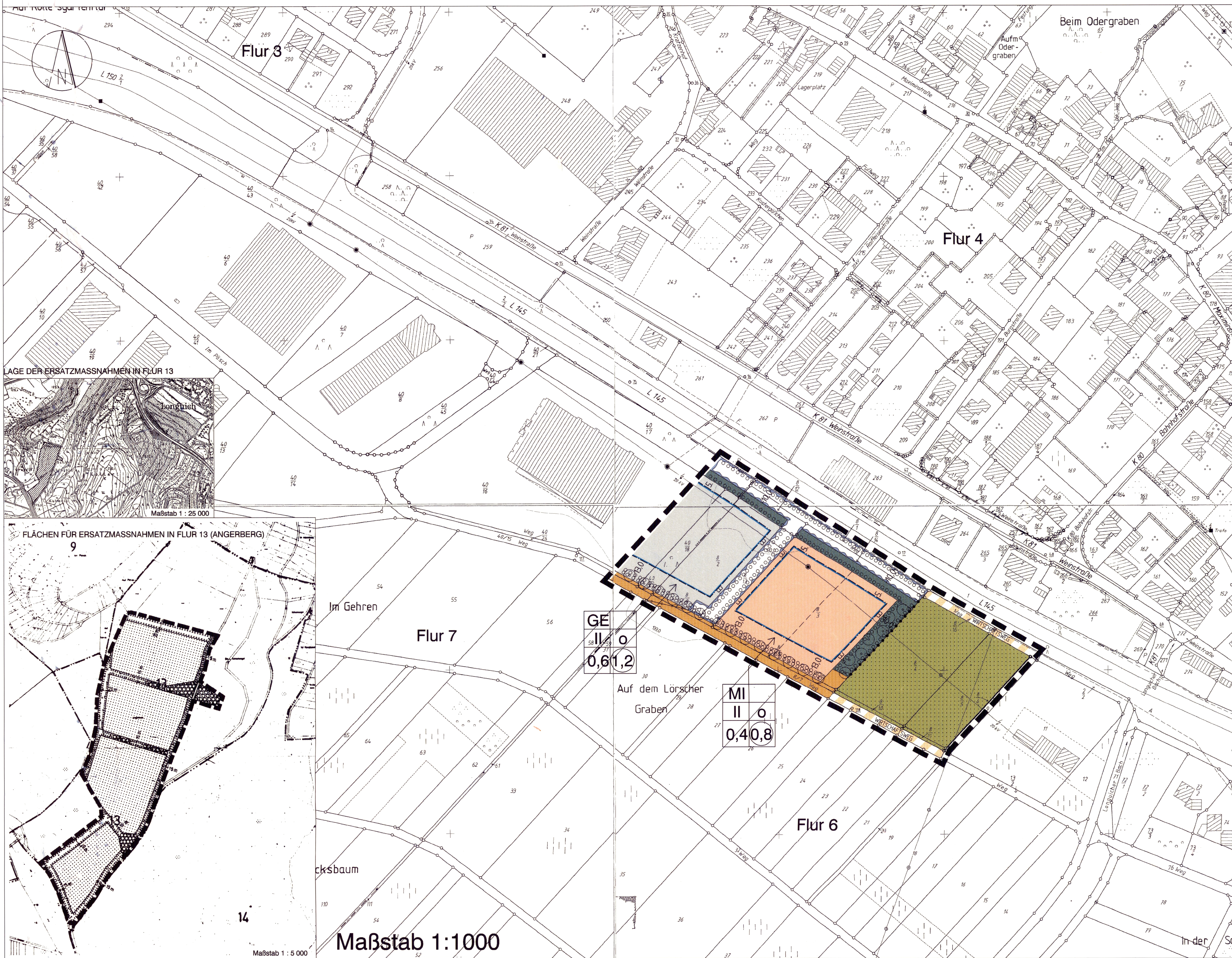


# BEBAUUNGSPLAN DER ORTSGEMEINDE LONGUICH

## Teilgebiet "Im Paesch II" 3. Änderung



### TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- A) Art und Maß der baulichen Nutzung gem. § 9(1) BauGB sowie § 8 BauNVO
- Im Geltungsbereich dieses B-Planes wird „Gewerbegebiet“ (GE) und „Mischgebiet“ (MI) festgesetzt.
  - Nutzungen gem. § 5(2) und 4, § 6(2) und 5 BauNVO sowie Ausnahmen nach § 6(3) BauNVO sind gemäß § 1(5) BauNVO unzulässig.
  - Erhaltensbedürftige mit Verkauf an Endverbraucher gemäß § 6(2) und 4 BauNVO sowie § 8(2) und 2 BauNVO sind gemäß § 1(4) BauNVO nur soweit zulässig, wie sich um Handwerksbetriebe unmittelbar zugeordnete Verkaufsfunktionen handelt und der Verkauf in Bezug auf Fläche und Umsatz eine untergeordnete Funktion einnimmt.
  - Wohnnutzung ist nur zulässig in Verbindung mit Einbau von Fenstern – für Aufenthaltsräume – die der Schutzklasse II mit einer Lufthaltezeit von mind. 10 min entsprechen.
  - Art und Maß der baulichen Nutzung gem. § 9(1) BauGB i.V.m. § 17 BauNVO
  - Art und Maß der baulichen Nutzung sind durch Nutzungsgebiete im Plan festgesetzt.
  - Bestand, überbaute und nicht überbaute Grundstücke (gem. § 9(1) BauGB) im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird offene Bauweise gem. § 2(2) BauNVO festgesetzt.
  - Ausnahme: innerhalb desselben Grundstücks darf eine Baulänge von 50 Meter überschritten werden. Auf den nicht überbauten Grundstücken sind, mit Ausnahme offener Stellplätze, Nebenanlagen nach § 14(1) i.V.m. § 2(3) BauNVO, soweit dies bauliche Anlagen sind, unzulässig.
- B) Gestalterische Festsetzung gem. § 9(4) BauGB i.V.m. § 9(1) und (6) BauNVO
- Dächer
  - Zulässig sind Sattel- und Pultdächer bis maximal 25° Dachneigung, tonnenförmige Dächer, Siedeldächer bis 45° sowie Flachdächer. Bei betriebszugehörigen Wohngebäuden sind darüber hinaus Walmdächer zulässig.
  - Als Dachdeckung sind zulässig:
    - edersiv begrünte Flachdächer, geneigte Dächer in den Farbtönen Anthrazit (RAL 7010 bis 7020) sowie Zink
    - darüber hinaus sind Kombinationen mit Glas zulässig
    - Für die zur Gebäudehöhe zugehörigen Höhenwerte festgesetzt:
      - Traufhöhe max. 6,00 m
      - Fachhöhe max. 12,00 mSie darf nur durch untergeordnete Sonderbauteile wie z.B. Aufzugstürme, Silos etc. überschritten werden. Als Bezugshöhe ist die Dachhöhe zuzunehmen.
  - Bestand- und Wohnanlagen sind nur am Betriebsgebäude gestattet. Sie dürfen nicht blendend. Das Anbringen auf Dächern oder an Traufen ist nicht statthaft.
  - Die Werbeanlagen dürfen max. 2 Flächen von jeweils 5% einer Wandfläche, jedoch max. jeweils 2,0 x 6,0 m umfassen. Darüber hinaus ist jeweils auf dem Grundstück ein Hinweisschild bis zu einer Größe von 1,0 m zulässig.
  - Zur L 150 orientierte Werbeanlagen sind unzulässig. Lichtwerbungen und Werbeanlagen an Gerüden, Dächern und Krähnhäusern sind unzulässig.
  - Alle „das Gebäude umfassenden“, Fassadenelemente dürfen in ihrer Farbgebung einen „Hellheitswert“ von 50 nicht überschreiten. Reine CI-Farben (Corporate Identity) dürfen nur auf filigranen Architekturmerkmalen angebracht werden. Die verwendete CI-Farbe darf nicht zur gebäudebestimmenden Farbe werden.
- C) Grünflächen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Pflanzgebiete gem. § 9(1) 15, 20 und 25 BauGB
- Stellplätze, Wege, Hofflächen etc. dürfen nicht versiegelt werden. Empfohlen werden z.B. wettfähiges Pflaster, Rasengrassperrschichten, Schotterrasen, sowie nicht nach anderen Rechtsvorschriften (z.B. Flächen auf denen mit Schadstoffen gearbeitet wird) eine Versiegelung erforderlich ist.
  - Öberflächennasser (Sträße, Gassen, Hofflächen) ist in die Versickerungsmulden abzulassen. Die Ableitung über offene Mulden ist zulässig.
  - Entlang der L 150 ist eine 7,0 - 10,0 m breite Versickerungsmulde anzulegen. Sie ist mit einer etwa 0,5 m mächtigen, humiden, sande-lehmigen Schicht abzusichern.
  - Die vorgesehene Nutzung der Freiflächen und deren Bepflanzung ist vom Bauherrn in einem Gestaltungsplan darzustellen und mit dem Bauantrag einzureichen.
  - Im Zuge der Parzellierung sind beidseitig des Grenzverlaufs je mind. 2-reihige Gehölzpflanzungen anzulegen. Pflanzabstand 1,0 x 1,0 m.
  - Öberflächige Stellplatzanlagen sind einzugraben und mit Pflanzstreifen für Bäume zu gliedern. Es ist ein Baum für jeweils 5 Stellplätze zu pflanzen.
  - Ungedünzte Wandflächen von mehr als jeweils 50 m<sup>2</sup> sind in geeigneter Weise zu begrünen.
  - Flachdächer (bis 8 Grad) ab einer Größe von mehr als 100 m<sup>2</sup> sind zu mind. 50% zu begrünen.
  - Die im Plan gekennzeichneten Gebiete sind mit einer Abweichung von z.B. 2,0 m zu pflanzen.
  - Die vorgesehene Bepflanzung entlang der Straße kann pro Betrieb an einer Stelle für die vorgesehene Entlastung in einer Breite bis zu 6,0 m unterbrochen werden.
  - Für Pflanzungen sind standortgerechte Laubbäume zu verwenden z.B.:
    - Bäume
      - Bergahorn (Acer pseudoplatanus)
      - Hochstammige Obstbäume (Carpinus betulus)
      - Hainbuche (Fagus sylvatica)
      - Vogelkirsche (Prunus avium)
      - Linde (Tilia cordata)
    - Sträucher
      - Hortensie (Hydrangea)
      - Hortensie (Cornus sanguinea)
      - Hagebeere (Cornus avellana)
      - Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)
      - Schlehe (Prunus spinosa)
      - Weidenröschen (Viburnum opulus)
  - Maßnahmen in Flur 13 (Angerberg):
    - In der Ackerfläche sind von der Gemeindefläche Stämme anzulegen. Sie werden nicht eingestrichen, gedüngt oder mit Pestiziden behandelt; die Lagerung von Material ist auf ihnen nicht zulässig. Im Abstand von etwa 5 Jahren sind sie zur Vermeidung von Gebirgsbränden jeweils in Teilbereichen zu mähen. Das Mähgut ist abzutransportieren.
    - Entlang der Wirtschaftswegs sind innerhalb der als „Saum“ ausgewiesenen Flächen Obstbaumhochstämme im Abstand von ca. 20,0 m zu pflanzen und auf Dauer zu unterhalten.
    - Auf den im Plan markierten Standorten sind standortgerechte Gehölze zu pflanzen.
    - Entlang der Waldkante besteht ein Sukzessionsstreifen zur Gebirgsentwicklung. Eine Pflege ist nicht erforderlich.
  - Bepflanzung der Grundstücke (Erfüllung der Mindesteinstellung) sowie die Herstellung und Bepflanzung der Ausgleichsflächen sind spätestens in der auf die Bezugshöhe der Baukörper folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

### Hinweise

- Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist mit unterschiedlichen Bodenverhältnissen zu rechnen. Der Umfang der erforderlichen Gründungsarbeiten sollte im Zusammenhang mit der Erstellung der Baugrunderkundung durch Bodengutachten bei Berücksichtigung der DIN 18264 festgelegt werden.
- Der Oberboden ist zu Beginn aller Erdbearbeitungen entsprechend DIN 19115, Blatt 2, abzuschleppen, ggf. zwischengelagert und einer sinnvollen Folgenutzung zuzuführen.
- Es sind empfohlen, aus der Dächerentlastung anfallendes Niederschlagswasser in Zisternen aufzufangen und als Brauchwasser z.B. für die Bewässerung von Grünanlagen oder in der Produktion zu nutzen.
- Mit Rücksicht auf den Bebauungsplan im Plan 3. Änderung wird die entsprechende Teilfläche des Bebauungsplans im Paesch II 2. Änderung aufgegeben.

### ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung  
Mischgebiet  
Gewerbegebiet

Maß der baulichen Nutzung  
Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z.B.

Bauweise, Baugrenzen  
Offene Bauweise  
Baugrenze  
vorgeschlagene Grundstücksgrenze (H)

Verkehrsmittel  
Straßenverkehrsfläche  
Verkehrsmittel besondere Zweckbestimmung

Grünflächen  
Öffentliche Grünfläche  
Flächen für die Landwirtschaft

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses  
Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Sonstige Planzeichen  
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung  
Vorhandene Geländeober NN  
Hauptversorgungs- / Hauptwasserleitung unterirdisch

Bestandsgaben  
Die für die Darstellung des Bestandes verwendeten Symbole entsprechen, soweit nicht aufgeführt, den Zeichenvorschriften für Katasterkarten und Vermessungspläne in RHD-Platz.

- Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan
- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.12.1997 (BGBl. I S. 3108).
  - BauNutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 20.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 02.04.1993 (BGBl. I S. 496).
  - Planzeichenverordnung (PlanV) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 308).
  - Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365 ff.).
  - Landespflegegesetz (LPfG) i.d.F. vom 05.02.1979 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch das Landesgesetz vom 14.08.1998 (GVBl. S. 293).
  - Landesverordnungsamt (LVA) in der Fassung vom 14.12.1990 (GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Landesgesetz zur Änderung des Landesverordnungsamtes und des Landesverordnungsamtes vom 04.04.1990 (GVBl. S. 98).
  - Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 14.05.1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.04.1997 (BGBl. I S. 90).
  - Bundesbaugesetz (BBodG) i.d.F. vom 12.03.1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch das 3. Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes vom 05.06.1998 (BGBl. I S. 2461).
  - Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) i.d.F. vom 31.01.1994 (GVBl. S. 135), zuletzt geändert durch das 4. Landesgesetz zur Änderung kommunaler Vorschriften vom 02.04.1998 (GVBl. S. 106).

Es wird bescheinigt, daß die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB die Dauer eines Monats in der Zeit vom 06.04.1999 bis 06.05.1999 zu jedermanns Einsicht öffentlich auszuweisen, Ort und Dauer der Auslegung wurden am 06.04.1999 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bestehen und Anzeigen während der Auslegungsrat vorgabert werden können.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

Der Staat/Gemeinde hat am 14.11.1999 gem. § 2 (1) BauGB die Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.11.1999 wurde dieser Bebauungsplanentwurf genehmigt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3 (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

### Verfasser:

STOLZ + KINTZINGER  
STADTPLANER GbR • ARCHITECTEN RDA  
MARKTSTR. 25 • TREIER • T 24028 • F 24028

BIELEFELD + GILICH  
LANDSCHAFTSARCHITECTEN RDA  
T 24028 • F 24028

07/12/98

geändert laut Gemeinderatsbeschluss vom 25.02.99